

01.11.2016 - Kinder an die Macht

Aus der Reihe: An den Rand notiert

von Rolf Euler

Sicher, es heißt immer: «Bei uns verhungert niemand», als ob das der Maßstab wäre. Der Maßstab hier heißt: Hartz IV oder nicht ? wenn man denn Geld als hinreichend deutlichen Ansatz nimmt, um Armut zu beschreiben. Und die betrifft hierzulande fast 2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, das ist ein Siebtel. Da helfen Relativierungen des Armutsbegriffs ? der ja von gut bezahlten Professoren gern angegriffen wird ? wenig: Selbst die Bertelsmannstiftung zeigt in ihren Untersuchungen von 2011 und 2015, dass die Armutsquote bei Jugendlichen in den letzten Jahren sogar noch gestiegen ist ? und das, während sich Deutschland gern als «Insel» in einem Europa der Krise feiert.

Erschreckend werden die Zahlen aber vor allem dann, wenn sie zeigen, wie sich Kinderarmut auf bestimmte Gebiete verteilt: Bremerhaven (114000 Einwohner) hat mit 40,5% den höchsten Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ohne auskömmliches Familieneinkommen, in Berlin (3520000 Einwohner) sind es 32,2% ? in absoluten Zahlen dürfte die Stadt damit den Vogel abschießen.

Das Ruhrgebiet mit seinen über 5 Millionen Einwohnern weist sehr viele Städte mit ähnlich hohen Anteilen von armen Kindern aus. Gelsenkirchen war hier 2015 trauriger Spitzenreiter mit 38,5% (2011: 32,7%). Essen zählt 32,6%, Dortmund über 30% ? das sind zwei weitere sehr große Städte, in denen fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen aus Familien mit Hartz-IV-Bezug kommen.

Der Wert für Deutschland beträgt 14,7% im Jahr 2015 gegenüber 14,3% 2011; außer in den Ostländern ist der Prozentsatz überall gestiegen.

Wie seit langem bekannt, von der SPD bei den Analysen ihrer Wahlergebnisse jedoch gern «übersehen», haben die Hartz-IV-Gesetze den Betroffenen keinerlei Verbesserungen gebracht. Die meisten armen Kinder (über 46%) wachsen in Familien mit einem Elternteil ? meist der Mutter ? auf oder in Mehrkindfamilien (38,6%). Die seit langem geforderte Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer besseren Kinderförderung könnte gerade diesen großen Personenkreis begünstigen. Dass das Kindergeld mit dem Sozialhilfesatz verrechnet wird, also die geplante

Kindergelderhöhung gar nicht bei den betroffenen Familien ankommt, schon gar nicht der gestiegene Steuerfreibetrag, ist eine weitere Ungerechtigkeit. Auch die geplante Anhebung der Regelsätze wird hieran nichts ändern.

Neben den finanziellen Problemen der Familien spielt vor allem eine wichtige Rolle, dass die Verhältnisse sich über die nächste Generation verfestigen. Arme Kinder bekommen nicht so viele Chancen, leben in kleineren Wohnungen, haben weniger soziale Möglichkeiten, schaffen kaum den Übergang zu Gymnasien, haben weniger Berufseinstiegschancen. Dazu kommen gesundheitliche Benachteiligungen, Wohnungen in billigeren Stadtvierteln mit höherem Migrantenanteil, was sich oft auf Sprach- und Sozialkompetenz auswirkt, solange nicht früh und mit öffentlichen Einrichtungen gegengesteuert wird. Auch hier wieder: Der Abbau der öffentlichen Leistungen, die relativ geringe Bezahlung von Erzieherinnen, die großen Gruppenszahlen in Kitas und Kindergärten begrenzen die Chancen vor allem von armen Kindern.

Hier sind politische Forderungen vor allem anzusetzen. Und was den Hunger angeht: Da spreche man mit Erzieherinnen und Lehrerinnen, wie viele Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen. Es reicht! «Kinder an die Macht!»